

Landesverband Hauskrankenpflege Sachsen-Anhalt e.V.  
Breiter Weg 31 | 39104 Magdeburg

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Frau Ministerin Petra Grimm-Benne  
Turmschanzenstr. 25  
39114 Magdeburg

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Durchwahl

Datum  
23.08.2023

## **Positionspapier des Landesverbandes Hauskrankenpflege Sachsen-Anhalt e.V.**

Sehr geehrte Frau Grimm-Benne,

als Berufsverband vertreten wir in Sachsen-Anhalt 160 sowohl ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen. Bisher haben wir vergeblich versucht Gehör bei Ihnen zu finden, deshalb nutzen wir die heutige Gelegenheit erneut unsere Anliegen vorzutragen und Ihnen mit auf den Weg zu geben. Bitte schauen Sie nicht weg! Das System funktioniert so nicht mehr!

1

Die Pflegebranche steht mit dem Rücken zur Wand! Nicht nur Pflegeeinrichtungen, sondern auch Pflegebedürftige stehen vor noch nie da gewesenen Problemen.

Sowohl die Rentenkassen als auch die Pflegekassen sind leer. Es müssen pragmatische Lösungen her. Eine Gesellschaft misst man immer daran, wie sie mit den schwächsten Gliedern umgeht, den Alten, Kranken und Kindern. Was sagt das über uns aus? Die Politik muss endlich handeln!

- Es muss eine neue, solidarische und echte Pflegereform her und nicht nur ein Flickenteppich aus immer neuen „Omnibusgesetzen“.
- Die Besteuerung der Renten muss wegfallen, somit bleibt den Pflegebedürftigen mehr Geld und die Sozialämter würden entlasten werden.
- Beiträge zur Krankenversicherung und Rentenbeiträge auf private Vorsorge müssen wegfallen, die Doppelbesteuerung muss aufhören, damit die Menschen in diesem Land auch wieder motiviert sind, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und vorzusorgen und der Staat sich nicht daran bereichert
- Dem Fachkräftemangel darf nicht nur mit ausländischen Fachkräften begegnet werden, sondern wir müssen unsere eigene junge Generation wieder motivieren, in der Pflege zu arbeiten
- Die Allmacht der Kostenträger (Krankenkassen) muss beendet werden, auch muss der Staat eine erweiterte Kontrollfunktion einnehmen



- Beteiligung der Leistungserbringer mit ihren praktischen Erfahrungen bei der Gestaltung von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen wichtigen Vorhaben mit Pflegebezug. Das System muss mit den Menschen neu gedacht werden, die an der Basis sind und die Reformen zum Wohl der Pflegebedürftigen umsetzen.

Mit dem GVWG wurde durch den Gesetzgeber die Entlohnung der Pflegekräfte gesetzlich vorgeschrieben. Infolgedessen wurden die Gehälter zum September 2022 massiv angehoben, ein weiteres Mal im Februar 2023 (in Sachsen-Anhalt um 10,2%). Leistungsgerechte Bezahlung in der Pflegebranche war längst überfällig, aber eine Refinanzierung nur durch Pflegebedürftige ist unrecht.

Diese müssen für Pflegeleistungen immer tiefer in die Tasche greifen, da hilft die 5% -tige Steigerung der Sachkosten auch nicht. Pflegebedürftige können sich Pflege nicht mehr leisten. Zudem müssen sie auch noch die Kosten der Ausbildung refinanzieren. Im stationären Bereich können sehr stark gestiegene Eigenanteile nicht mehr bezahlt und im ambulanten Bereich weniger Leistungen für das gleiche Geld abgerufen werden. Der Eigenanteil im stationären Bereich liegt bei ca. 2400,-€ und das bei einer durchschnittlichen Rente von ca. 1500,-€. Wie soll das funktionieren?

Wer Leistungen wie bisher abrufen möchte, zahlt drauf! Immer mehr Pflegebedürftige stellen daher den Antrag auf Hilfe zur Pflege. Die Kassen der Sozialämter sind leer, das Budget dafür gar nicht vorgesehen.

2

Es macht uns wütend zu sehen, dass den Betroffenen am Ende nichts mehr bleibt und sie trotz jahrelanger Arbeit alle Ersparnisse aufbrauchen müssen um die Pflege, die sie benötigen zahlen zu können, um dann auch noch den Gang zum Sozialamt anzutreten. Und dass in einer Branche, die von Menschlichkeit und Empathie geprägt sein sollte.

Auch wenn mit dem neuen PUEG die Gesellschaft mit in die Verantwortung genommen wird und mehr in die Pflegeversicherung eingezahlt wird, ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein und wird die Probleme nicht lösen, zumal im Zuge der geplanten Haushaltssanierung der jährliche Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro zur Pflegeversicherung wegfallen soll. Wie aus einem aktuellen Referentenentwurf des Finanzministeriums für den Bundeshaushalt hervorgeht, will die Bundesregierung diesen jährlichen Zuschuss von einer Milliarde Euro zur sozialen Pflegeversicherung, streichen. Die fehlenden Mittel will der Bundesgesundheitsminister einsparen, indem er die Einzahlung in den Pflegevorsorgefonds bis 2027 stoppt. Was für ein Signal?!

In der Pflege werden nachweislich höhere Entgelte gezahlt, aber die Refinanzierung durch die Kostenträger ist eine Katastrophe! Pflegesatzverhandlungen gleichen einem Basar, was akzeptiert wird, ist gefühlt vom jeweiligen Bearbeiter abhängig. Dieses Vorgehen bindet unnötige Ressourcen und fordert enorme Kräfte ab. Hoher Verwaltungsaufwand wird nicht refinanziert! Dabei ist die Zahlungsmoral einiger Kranken- und Pflegekassen ein Desaster. Wir



sehen die Zukunft von Pflegeeinrichtungen gefährdet, zumal wir hier zum Teil von ausstehenden Kosten im fünfstelligen Bereich sprechen! Die Medien sind voll von Berichten drohender Insolvenzen ob dieses Verhaltens.

Der „gefühlten“ Hoheitsgewalt der Kostenträger bietet niemand Einhalt. Problematisch ist auch der HKP- Bereich, wir Verbände stehen hier vor großen Problemen bei der Refinanzierung der Entgelte. In Sachsen-Anhalt laufen die SGB V - Verhandlungen mit den Kostenträgern seit Jahren wiederholt auf kräftezehrende Schieds- und Gerichtsverfahren hinaus. Gesetzlich geforderte fachliche Qualifikation der Pflegekräfte steht der Blockade der Refinanzierung durch die Kostenträger mit dem Argument: „die Kassen sind leer“ gegenüber.

Viele Unternehmen der Pflegebranche bewerten die aktuelle wirtschaftliche Lage skeptisch. Eine bundesweite Umfrage ergab, dass 76% ihre Zukunftsaussichten „eher negativ“ einschätzten, dies können wir für unser Bundesland und unsere Träger bestätigen. Die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie die unzureichende Refinanzierung seitens der gesetzlichen Kostenträger hätten zudem bei einem Drittel der befragten Pflegeunternehmen zur Reduzierung des Personals geführt.

Bitte nehmen Sie unsere Sorgen, Anregungen und Hilferufe mit in den Bundestag und sprechen Sie dort für uns!

3

Sind Sie doch bitte mutig und sehen der Wahrheit ins Auge, um Lösungen zu finden, die vielleicht an der ein oder andere Stelle wehtun werden aber für die Zukunft unserer Gesellschaft notwendig sind.

Hochachtungsvoll der Landesverband Hauskrankenpflege Sachsen- Anhalt e.V.

Florian Wend  
Vorstandsvorsitzender  
Landesverband Hauskrankenpflege Sachsen-Anhalt e.V.

